

PRESSEMITTEILUNG Zur sofortigen Veröffentlichung 8. Juni 2026

Kontakt: contact@serbiaexpo2027exposed.com

Bundesregierung antwortet auf Kleine Anfrage zu EXPO 2027 Belgrad: Die Linke und Zivilgesellschaft fordern politische Rechenschaft

Die Bundestagsabgeordnete Gökyak Akbulut (Die Linke) wirft der Bundesregierung vor, sich in der EXPO2027 in Belgrad bewusst uninformatiert zu halten, während in Serbien seit eineinhalb Jahren Studierende, Bürgerinnen und Bürger für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit protestieren. Akbulut fordert **"Demokratie stärken, nicht Autokraten aufwerten"**. Auslöser ist die Antwort Berlins auf eine Kleine Anfrage ihrer Fraktion zu Korruption, Vergaberecht und Sicherheitsmängeln rund um die Weltausstellung in Belgrad: Auf fast die Hälfte der 32 gestellten Fragen erklärte die Regierung, über „keine eigenen Erkenntnisse“ zu verfügen, obwohl deutsche Unternehmen direkt in die Weltausstellung eingebunden sind und die EU-Kommission das serbische Sondergesetz zur Auftragsvergabe formell beanstandet hat.

Die spezialisierte Weltausstellung EXPO 2027 in Belgrad steht seit Monaten im Mittelpunkt schwerwiegender Vorwürfe: Korruption bei der Auftragsvergabe, Umgehung des Vergaberechts durch ein serbisches Sondergesetz (*lex specialis*), Sicherheitsmängel auf den Baustellen und irreversible Umweltschäden. Am 21. Mai 2026 veröffentlichte die Bundesregierung [ihre Antwort auf die Kleine Anfrage](#) der Fraktion Die Linke (Drucksache 21/6097). Deutschland ist als Teilnehmerstaat beteiligt und hat eigene Unternehmen mit der Realisierung des deutschen Pavillons beauftragt.

Die Bundesregierung bestätigt, dass sie die Kritik der EU-Kommission an den serbischen Vergabeverfahren teilt, und erklärt, die Ermittlungen zum Einsturz des Bahnhofsdoms in Novi Sad, bei dem am 1. November 2024 sechzehn Menschen ums Leben kamen, aufmerksam zu verfolgen. Für den deutschen Pavillon wurden Unternehmen vertraglich zu höherwertigen Sicherheitsstandards verpflichtet.

Auf Fragen zu Aufträgen im Wert von über 330 Millionen Euro unter nahezu wettbewerbsfreien Bedingungen, zu personellen Überschneidungen zwischen dem Novi Sad Bahnhof und EXPO-Baustellen, zu Umweltwarnungen der Serbischen Akademie der Wissenschaften sowie zur verbreiteten Schwarzarbeit auf den Baustellen verweigert die Bundesregierung jedoch jede substantielle Auskunft. Die Antwort lautet durchgehend: „keine eigenen Erkenntnisse.“

Akbulut bezeichnet das als **„politische Entscheidung, uninformatiert zu bleiben“** und stellt die Fragen, die Berlin offen lässt: Ab welchem Punkt wird die deutsche Beteiligung unhaltbar? Was geschieht, wenn die selbstgesetzten Bedingungen nicht erfüllt werden? Strengere Standards für den deutschen Pavillon allein seien ein reputationsschützendes Instrument, kein Ausdruck politischer Verantwortung. Sie fordert zudem, dass entsprechende parlamentarische Anfragen in allen Teilnehmerstaaten der EXPO 2027 gestellt werden müssten.

Die zivilgesellschaftliche Kampagne [EXPO2027exposed](#), Teil einer breiteren [zivilgesellschaftlichen Bewegung](#) zu diesem Thema, [schließt sich dieser Forderung an](#). Ein Teilnehmerstaat, der eigene Unternehmen mit der Ausstellungsrealisierung beauftragt und öffentlich Integritätskriterien an seine Außenwirtschaftsinstrumente knüpft, trägt politische Mitverantwortung. Das systematische Bekenntnis zu eigener Unkenntnis ist unter diesen Umständen keine sachliche Beschränkung.

Die Kampagne ruft Bürgerinnen und Bürger sowie Mitglieder des Bundestages auf, die Bundesregierung zur Konkretisierung ihrer Position aufzufordern. Auf der Website serbiaexpo2027exposed.com steht [eine E-Mail-Vorlage zur Verfügung](#), mit der Bundestagsabgeordnete direkt kontaktiert werden können. Die Originalanfrage sowie eine englischsprachige Übersetzung sind ebenfalls dort abrufbar

-ENDE-

